

**Kleine Anfrage**

**des Abg. Karl Rombach CDU**

**und**

**Antwort**

**des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport**

**Bildungsangebot verbessern – nicht verändern**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist ihr das jüngste Untersuchungsergebnis der Bertelsmann Stiftung zur Bewertung des Bildungsangebots in den Ländern und in den Kreisen im Detail bekannt?
2. Teilt sie das von der Bertelsmann Stiftung festgestellte Ergebnis, wonach das Bildungsangebot in Bayern und in Baden-Württemberg deutlich besser ist als in allen anderen Ländern?
3. Kommt sie auf der Grundlage dieses Untersuchungsergebnisses ebenfalls zu dem möglichen Schluss, dass das baden-württembergische Bildungsangebot nicht grundlegend verändert werden darf, um damit eine Verschlechterung des Niveaus zu vermeiden?
4. Stimmt sie dem Ziel zu, das baden-württembergische Bildungsangebot weiter zu verbessern und sich dabei an bayerischen Lösungen, die in dieser Untersuchung durchweg zu Spitzenwerten kamen, zu orientieren?

16. 12. 2011

Rombach CDU

**Begründung**

Die jüngst vorgelegte Bertelsmann-Studie zum Bildungsangebot in den Ländern und Kreisen stellt dem bestehenden baden-württembergischen Bildungsangebot ein gutes Zeugnis aus. Es gibt daher nicht den geringsten Anlass, dieses grund-

legend zu verändern und damit das baden-württembergische Bildungsangebot dem hohen Risiko auszusetzen, dass sich sein Niveau verschlechtert. Noch besser als Baden-Württemberg schneidet nach dieser Bertelsmann-Untersuchung das der Freistaat Bayern und seine Kreise ab. Dies spricht eindeutig dafür, sich bei weiteren Verbesserungen im baden-württembergischen Bildungsangebot an Bayern und nicht an solchen Ländern zu orientieren, die nach der Untersuchung deutlich schlechter abschneiden als Bayern und Baden-Württemberg.

#### Antwort

Mit Schreiben vom 11. Januar 2012 Nr. 32-6500.0/738/1 beantwortet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

*Ich frage die Landesregierung:*

*1. Ist ihr das jüngste Untersuchungsergebnis der Bertelsmann Stiftung zur Bewertung des Bildungsangebots in den Ländern und in den Kreisen im Detail bekannt?*

Die Veröffentlichung „Deutscher Lernetlas“ (Schoof et al., 2011) ist dem Kultusministerium bekannt und wurde mit Blick auf die verschiedenen bildungspolitisch relevanten Themen ausgewertet.

*2. Teilt sie das von der Bertelsmann Stiftung festgestellte Ergebnis, wonach das Bildungsangebot in Bayern und in Baden-Württemberg deutlich besser ist als in allen anderen Ländern?*

*3. Kommt sie auf der Grundlage dieses Untersuchungsergebnisses ebenfalls zu dem möglichen Schluss, dass das baden-württembergische Bildungsangebot nicht grundlegend verändert werden darf, um damit eine Verschlechterung des Niveaus zu vermeiden?*

*4. Stimmt sie dem Ziel zu, das baden-württembergische Bildungsangebot weiter zu verbessern und sich dabei an bayerischen Lösungen, die in dieser Untersuchung durchweg zu Spitzenwerten kamen, zu orientieren?*

Das Bildungsangebot in Baden-Württemberg und in Bayern ist in der Gesamtschau im Vergleich zu den anderen Bundesländern auf einem hohen Niveau. Es gibt jedoch einzelne Bereiche wie die Lesekompetenz von Grundschulern, das Angebot an Studienplätzen oder die Eingliederung in den Arbeitsmarkt nach beruflicher Weiterbildung, die im bundesweiten Vergleich einer Verbesserung bedürfen. Generell kann festgestellt werden, dass in Baden-Württemberg und Bayern noch immer ein vergleichsweise starker Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg besteht. Insoweit haben wir immer noch eine soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem, die es zu minimieren gilt. Eine Möglichkeit dazu bietet die Entwicklung eines Lehr-Lern-Konzepts, wie die Gemeinschaftsschule es repräsentiert.

Baden-Württemberg weist wie Bayern eine eigene bildungspolitische Tradition und Bildungslandschaft auf, die es gilt, im Zuge zukunftsweisender Entwicklungen zu berücksichtigen. Die baden-württembergische Landesregierung ist bestrebt, das Bildungsangebot weiter zu verbessern, sich national, aber auch international an den besten Modellen zu orientieren und darauf basierend einen baden-württembergischen Lösungsweg zu gehen.

In Vertretung

Dr. Ruep

Ministerialdirektorin